



1. Amt für Bildung, Kultur und Sport; Schaffung der organisationsrechtlichen Grundlagen, Bewilligung der personellen Ressourcen und der Finanzierung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Christoph Kuert legt den Gang der Beratung fest:

- II Detailberatung:
- A Berichterstattung des Gemeinderates und vorberatender Kommissionen:
 - Stadtpräsident Thomas Rufener zum Teil I (Schaffung Bildungsamt)
 - Gemeinderat Reto Müller zum Teil II (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)
 - Gemeinderätin Paula Schaub-Holt zum Teil III (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)
 - Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission und anderer vorberatender Kommissionen
 - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
- Beratung Erlasse:
- C Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung
 - D Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal
 - E Reglement über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal
 - F Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal
 - G Reglement für die Theaterkommission
 - H Stellungnahmen des Gemeinderats zu Anträgen
 - I Wortmeldungen Fraktions- und Einzelsprechender
 - J Abstimmung über Anträge
- III Schlussabstimmung über:
- Teil I (Schaffung Bildungsamt)
 - Teil II (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)
 - Teil III (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)

A Berichterstattung des Gemeinderates und vorberatender Kommissionen

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das Traktandum Nr. 1 der heutigen Sitzung stelle ein Schlüsselgeschäft dar. Im Sinne einer Vorbemerkung weise er darauf hin, sich als Stadtpräsident zu den allgemeinen Punkten des Geschäftes zu äussern. Im Anschluss an seine Äusserungen werde sich Gemeinderat Reto Müller, als Ressortvorsteher Sozialwesen und Altersfragen sowie Gemeinderätin Paula Schaub-Holt, als Ressortvorsteherin Kultur und Sport zu Wort melden.

Zitat aus den aktuellen Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012, Nachhaltigkeitsdimension "Gesellschaft"; Zielbereich "7. Bildung": *"Bildung ist eine der wichtigsten Grundlagen der Zukunft, denn sie ist ein wesentlicher Faktor für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Sie ermöglicht zudem qualifizierte Arbeitsleistung und weist damit einen direkten Zusammenhang zur wirtschaftlichen Prosperität einer Gesellschaft auf. Bildung ist schliesslich die Voraussetzung für das Verständnis der Wechselwirkungen zwischen sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ökologischen Aspekten."*

...



*Zur Optimierung des Volksschulwesens, gemäss den kantonalen Entwicklungsvorgaben, und zur Bewältigung der administrativen Schnittstellenaufgaben zwischen der Schulorganisation und den politischen und Verwaltungsstrukturen will der Gemeinderat die politische Vorgabe der Schaffung eines städtischen **Bildungsamtes** zügig umsetzen.*" Daran lasse sich erkennen, dass das heutige Traktandum Nr. 1 im Gemeinderat bereits bei der Erstellung der Regierungsrichtlinien im Fokus gestanden habe.

Am 18. August 2008 habe der Stadtrat die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 erheblich erklärt und den Gemeinderat damit beauftragt, eine Vorlage zur Schaffung eines Amtes für Bildung innerhalb der Stadtverwaltung zu erarbeiten. Der Motionstext habe zudem verlangt, dass für die Erweiterung der Zuständigkeit des neuen Amtes nebst den Themen Schulen auch Aufgaben betreffend die Themen Jugend, Prävention, etc. zu untersuchen seien. In diesem Zusammenhang sei auch der Prüfungsauftrag entsprechend dem am 20. Oktober 2008 erheblich erklärten Postulat (umgewandelte Motion) Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2008 betreffend die Schaffung und die organisatorische Eingliederung der Stelle einer bzw. eines Jugendbeauftragten erfolgt. Die Vorgaben für die Vorbereitung des Geschäftes seien somit klar aufgezeigt.

Die Motivation zur Einführung eines Bildungsamtes sei wahrscheinlich bereits bei der Erschaffung der 50%-Stelle der/des Bildungsbeauftragten erkennbar gewesen. Bereits damals sei das Defizit der verwaltungsseitigen Organisationsstruktur bei Bildungsfragen erkannt und in den Fokus gestellt worden. Es sei bekannt, dass in der letzten Zeit verschiedene grosse Projekte im Bereich der Bildung aktuell geworden seien, die eine starke Mitwirkung und Mitarbeit von Seiten der Stadt abverlange (Beispiele: Schaffung von Tagesstrukturen; Umsetzung von kantonalen Vorgaben in der Schulinformatik "ICT4kids"; Schulraumplanung). Zudem sei seit längerer Zeit in der Organisation der Stadtverwaltung die Frage offen, warum ein so - für die jungen Generationen - bedeutender Faktor wie die Umsetzung des Bildungsauftrages, keine adäquate Amtsstruktur aufweise.

Die Vorbereitung des heute vorliegenden Antrages sei in verschiedenen Teilprojekten an die Hand genommen worden. In einer ersten Phase des Projektteils habe sich die Volksschulkommission, die Ressortvorsteherin Bildung und Jugend (Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini) und der damalige Bildungsbeauftragte (Fachbereichsleiter Thomas von Burg) zusammen mit den Schulleitungen und unter externer Begleitung einer Fachexpertin der pädagogischen Hochschule Bern mit expliziten Fragen über die Schulorganisation befasst. Am 3. Dezember 2009 habe die Volksschulkommission einen Vorschlag zur Organisation der Volksschule zu Händen weiterer Projektteile verabschiedet, welche in der schriftlichen Dokumentation zum Geschäft umfassend beschrieben seien.

In einer zweiten Phase sei es darum gegangen, allfällige andere Aufgabenbereiche zu prüfen, welche sinnvollerweise diesem neuen Amt zugeordnet werden könnten und sollten. Obwohl im Zentrum nach wie vor der Bereich Bildung stehe, erscheine es unbestritten - in Anlehnung an das Postulat Greber Beatrice - den Bereich Jugend diesem Bildungsamt anzugliedern. Da die Jugend viele Affinitäten zum Sport sowie die Kultur zur Bildung habe, sei die Überzeugung gereift, dass das neue Amt sich künftig zentral mit Bildungsfragen zu befassen habe, zusätzlich aber auch die Themen Jugend, Sport und Kultur abdecken soll.

Der Gemeinderat habe sich in der Schlussphase mit zwei Varianten auseinandergesetzt. Die eine Variante habe aus einem Amt für Bildung, Jugend und Sport bestanden. Die andere Variante habe aus einem Amt für Bildung, Jugend, Sport inklusive Kultur bestanden. Am 7. Juli 2010 habe der Gemeinderat die Variante "Amt für Bildung, Kultur und Sport" favorisiert und schlage diese dem Stadtrat heute vor.



Mit diesem Antrag wolle der Gemeinderat

- dem Thema Bildung entsprechend den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 die adäquate Bedeutung zumessen und eine Organisationsstruktur schaffen, die eine Umsetzung der strategisch-politischen Zielsetzungen der Stadt - unter Berücksichtigung der Volksschulgesetzgebung - optimal gewährleisten. Die Zuständigkeiten und die Verantwortung für die operativ betrieblichen und pädagogischen Belange bei den jeweiligen Schuleinheiten bleibe nach wie vor bei den Schulleitungen.
- innerhalb der Organisation der Stadtverwaltung neu erreichen, dass jede/r Ressortvorsteher/in für die Umsetzung politischer Aufgaben direkt mit einer/einem Amtsvorstehenden in Verbindung stehe und kommunizieren könne. In der heutigen Situation sei dies bekanntlich für die politischen Belange explizit für das Ressort Bildung einerseits und für das Ressort Kultur und Sport andererseits, nicht der Fall. Die beiden Ämter seien dem Präsidialamt nur administrativ angegliedert.
- vorschlagen, verschiedene bereits bestehende Stellen neu zu organisieren und dem neu zu bildenden Amt für Bildung, Kultur und Sport zuzuordnen. Das betreffe die Fachbereichsleitung Bildung (50%), die Fachbereichsleitung Kultur (50%), die Sachbearbeitung Sportanlagen (60%) und die Administration im Rahmen von rund 40%. Zudem seien die Bereiche "Regionalbibliothek" und "Stadttheater" betroffen.
- für eine verstärkte koordinierte Wahrnehmung und aktive Bearbeitung von Fragen zu Jugendthemen eine/n Jugendbeauftragten auf Stufe Fachbereichsleitung einsetzen. Gemeinderat Reto Müller werde sich dazu im Anschluss äussern.
- die Einsetzung einer/eines Sportkoordinator/in. Langenthal habe bekanntlich sehr gute Sportanlagen. Die Disposition dieser Anlage werde durch die Sachbearbeitung Sportanlagen sehr gut erledigt, was aber fehle, sei eine entsprechende Koordinationsfunktion. Gemeinderätin Paula Schaub-Holt werde dazu im Anschluss Stellung nehmen.

Die Einführung des neuen Amtes erfordere neue personelle Ressourcen, die heute vom Stadtrat zu bewilligen seien. Es gehe um die Amtsleitung (im Rahmen von 100%), um die Administration im Amt (im Rahmen von 60%), um eine/n Jugendbeauftragte/n (im Rahmen von 50%) und um eine/n Koordinator/in Sport (im Rahmen von 40%). Insgesamt ergebe dies eine Summe von 250 Stellenprozent.

Von Seiten der Volksschul-, der Kultur-, der Sozial- und der Sportkommission seien zustimmende Rückmeldungen zum Antrag zu vermerken. Die Finanzkommission habe differenziert beantragt, die personellen Ressourcen für die Bereiche Jugend und Sport vorerst zurückzustellen bzw. in das laufende Projekt der "Verwaltungsreform" aufzunehmen. Aus diesem Grund sowie im Wissen und aus der Überzeugung, dass die vorgeschlagene Amtsstruktur im Grundsatz klar befürwortet werde und, um für das Verfahren einer stadträtlichen Beschlussfassung eine gute Ausgangslage zu schaffen, habe sich der Gemeinderat dazu entschieden, den Antrag in einen Teil I als Hauptantrag (Schaffung des Amtes; 100% Amtsleitung; 60% administrative Belange; Kredit jährlich Fr. 205'000.00) zu fassen. Falls der Antrag I Zustimmung erfahre, unterbreite der Gemeinderat dem Stadtrat zwei Zusatzanträge: Teil II (Bewilligung einer 50%-Stelle für eine/n Jugendbeauftragte/n; Kredit jährlich Fr. 65'000.00) und Teil III (Bewilligung einer 40%-Stelle für eine/n Sportkoordinator/in, Kredit jährlich Fr. 52'000.00).

Die Stadt Langenthal habe heute die Chance ihre Positionierung zur Umsetzung eines optimalen Bildungsauftrages klar zu stärken. Zudem bestehe eine zweite Chance darin, den bildungsnahen Bereichen Jugend, Sport und Kultur ebenfalls künftig gestärkt zu begegnen. In diesem Sinne bitte er den Stadtrat im Namen des Gemeinderates um Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen.

Gemeinderat Reto Müller: Die Jugendthematik sei sowohl in seinem Ressort (Sozialwesen und Altersfragen) als vor Allem auch im Ressort (Bildung und Jugend) von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini angesiedelt. Während der vorbereiteten Folien-Präsentation trete er unter Anderem auf gewisse im Raum stehende Fragen - wie beispielsweise ob die Schaffung einer Stelle für ein/e Jugendbeauftragte/r in einer Stadt ein "must have" oder ein "nice to have" sei - ein.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

stadtlangenthal

Jugendarbeit im Amt für Bildung, Sport und Kultur

Ein „must have“ oder ein „nice to have“?



Bildquelle: <http://www.thun.ch/stadtvverwaltung/amt/fachstellen/amt-fuer-bildung-und-sport/fachstelle-kinder-und-jugend.html>

Um den Spekulationen, die der Presse haben entnommen werden können, ein jähes Ende zu setzen, halte er fest, dass aus Sicht des Gemeinderates die Schaffung der neuen Ressource "Jugendbeauftragte/r" im neuen Bildungs-, Sport- und Kulturamt zur absoluten Pflicht gehöre. Er hoffe, dass das Amt heute geschaffen werde. Aus Sicht des Gemeinderates sei es unbedingt notwendig, dass das Amt mit genügenden Ressourcen in den verschiedenen Bereichen ausgestattet sei. Mit der Folien-Präsentation zeige er weitere zukünftig mögliche Aufgaben- und Arbeitsbereiche auf und auch, dass die Stelle notwendig sei und kein Luxus darstelle.

Speziell die Frage, ob es sich um Luxus handle, werfe doch die Gegenfrage auf, ob sich die Städte Bern, Thun, Biel und Burgdorf - die allesamt über weniger Mittel verfügen und einen viel höheren Steuerfuss haben als Langenthal - eine solche Stelle leisten würden, wenn sie Luxus wäre.

Die Arbeits- und Aufgabenbereiche, welche in anderen Städten der Stelle zugeordnet seien, würden bereits konkrete Aufschlüsse liefern, in welchen Bereichen ein/e Jugendbeauftragte/r in der Stadt Langenthal tätig sein würde.

stadtlangenthal

Stadt Bern: Das Jugendamt

in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport.

Das Jugendamt der Stadt setzt sich ein für eine familien- und kinderfreundliche Stadt Bern. Seine Dienstleistungen und Einrichtungen fördern Kinder und Jugendliche ausserhalb von Schule und Ausbildung und bieten ihnen wenn nötig Schutz. Kinder und Jugendliche erhalten Zeit und Raum zur altersgemässen Teilhabe am öffentlichen Leben. Mit der Wahrnehmung von Rechten lernen sie auch Pflichten für die Allgemeinheit und Grenzen kennen. Familienergänzende Einrichtungen für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen unterstützen Eltern und andere Bezugspersonen.

stadtlangenthal

Die Stadt Bern - Jugendamt

Verfahren zur Erhebung, Umsetzung und Kontrolle von Massnahmen im Bereich der Bildung, Soziales und Sport

- Dienststelle für Bildung, Soziales und Sport
- Dienststelle für Kultur
- Dienststelle für Jugend
- Dienststelle für Familien
- Dienststelle für Soziales
- Dienststelle für Sport
- Dienststelle für Kultur
- Dienststelle für Jugend
- Dienststelle für Familien
- Dienststelle für Soziales
- Dienststelle für Sport

Das Jugendamt der Stadt Bern leistet:

- Kinder- und Jugendförderung**
Die Kinder- und Jugendförderung der Stadt Bern beinhaltet Ferien- und Freizeitangebote, die internationalisierte Stadt Bern mit spezifischen Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Erwachsenen, die Förderung von Kindern und Jugendlichen und die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.
- Subventionen**
Beratung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen sowie von Fachstellen bei Schreien, durch die Beratungsstellen Bern Stadt und Bern West Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren, Beratung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen sowie von Fachstellen familienergänzender Kinderbetreuung durch die Beratungsstelle Bern Stadt.
- Kindertagesstätten Jugend und Familie (KITA)**
Das Kompetenzzentrum Jugend und Familie unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien in sozialen, familialen und persönlichen Notlagen und Beratungsangeboten.
- Elterliche Tagesstätten für Schulkinder**
Die Tagesstätten bieten Vork- und Nachbetreuung für Kinder im Alter von 3 Monaten bis zum Schulantritt.
- Elterliche Tagesstätten für Schulkinder**
Das Angebot ist auf Kindergarten- und Schulkinder ausgerichtet, die während mindestens drei Tagen pro Woche auf ein zweites Zuhause angewiesen sind.
- Subventionierte Tagesstätten**
Die städtische Kindertagesstätte im Jugendamt arbeitet mit 22 privaten Tagesstätten für Kinder und Kinder im Schulpflicht unter Leistungsverträge zusammen.
- EMSO - Prävention, Intervention, Training**
Der öffentliche Raum der Stadt Bern gehört allen. Alle sollen ihn als Ort der Begegnung und des Aufenthalts nutzen können. Ohne Angst vor Gewalt und Konflikten. Ohne Angst über das Verhalten anderer.
- Quartierarbeit / Gemeinschaftszentren**
Quartierarbeit, gemeinwesenorientierte Sozialarbeit, Fachstellen und soziokulturelle Freizeinangebote.

15:30 - 16:00 Uhr
Info Bern
Postfach 1
Mittwoch bis Freitag
1251 - 1252 Uhr
1253 - 1254 Uhr
1255 - 1256 Uhr
1257 - 1258 Uhr
1259 - 1260 Uhr
1261 - 1262 Uhr
1263 - 1264 Uhr
1265 - 1266 Uhr
1267 - 1268 Uhr
1269 - 1270 Uhr
1271 - 1272 Uhr
1273 - 1274 Uhr
1275 - 1276 Uhr
1277 - 1278 Uhr
1279 - 1280 Uhr
1281 - 1282 Uhr
1283 - 1284 Uhr
1285 - 1286 Uhr
1287 - 1288 Uhr
1289 - 1290 Uhr
1291 - 1292 Uhr
1293 - 1294 Uhr
1295 - 1296 Uhr
1297 - 1298 Uhr
1299 - 1300 Uhr

stadtlangenthal

Stadt Thun: Die Fachstelle Kinder und Jugend

im Amt für Bildung und Sport.

Die Fachstelle Kinder und Jugend engagiert sich dafür, dass sich Kinder und Jugendliche in Thun wohl fühlen. Sie koordiniert die Schulsozialarbeit an zehn Thuner Schulen und organisiert die offene Kinder- und Jugendarbeit, bestehend aus der Mädchenarbeit, dem Robinsonsplatz, der Arbeit im Quartier Lerchenfeld, dem Materialverleih und den neun öffentlichen Spielplätzen.

stadtlangenthal

Schulsozialarbeit

- Materialverleih
- MitarbeiterInnen für Kinder und Jugendliche
- Spielplätze
- Jugend- und Kinderförderung
- Organisationen der offenen Jugendarbeit
- Downloads / Externe Links
- Kommissionen / Konferenzen
- Gesetzliche Grundlagen und Links
- Kontakt
- Fachstelle Sport

Aktuelles aus der Fachstelle

- Weltküche
- Mädchenarbeit
- Spielplatz Robi
- Kinder und Jugendarbeit Lerchenfeld
- SSA Schulsozialarbeit
- Materialverleih
- Mieteräume für Kinder und Jugendliche
- Gesetzliche Grundlagen

Spielplätze

- Spielplatz Robinson
- Spielplatz Kindergarten Altdendingen
- Spielplatz Schindli
- Spielplatz Schindli
- Spielplatz Thunerhof
- Spielplatz Lerchenfeld
- Spielplatz Schindli
- Jugend- und Kinderförderung
- Organisationen der offenen Jugendarbeit
- Downloads / Externe Links
- Kommissionen / Konferenzen
- Gesetzliche Grundlagen

Kranke Tauben werden künftig gezeifert abgeschlossen

Amt für Bildung und Sport der Stadt Thun

Thunerhof
Höfenerstrasse 14
3502 Thun
Lageplan

Telefon:
033 255 84 06
Telefax:
033 255 84 13
E-Mail:
bildung@thun.ch

Öffnungszeiten
Montag - Mittwoch
08.00 - 11.45 Uhr und
14.00 - 17.00 Uhr
Donnerstag
08.00 - 11.45 Uhr und
14.00 - 18.00 Uhr
Freitag
08.00 - 11.45 Uhr und
14.00 - 16.00 Uhr
(Einser Schalter befindet sich im 1. Stock im Büro Nr. 125)



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

stadtlangenthal

**Stadt Biel:
Jugend & Freizeit**
in der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion.

Jugend + Freizeit ist der Bereich für die offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Biel. Er ist verantwortlich für alle städtischen Freizeitaktivitäten und Angebote und organisiert, koordiniert und unterstützt Anlässe und Projekte der soziokulturellen Animation für Kinder und Jugendliche aus Biel und der Region.

stadtlangenthal

**Stadt Burgdorf:
Die Abteilung Jugend**
in der Bildungsdirektion.

Aufgaben:
Die Abteilung Jugend ist eine Anlauf- und Auskunftsstelle in allen Jugendfragen. Es ist eine allgemeine Drehscheibe zwischen Jugend, Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Die verschiedenen Angebote im Bereich „Jugend“ werden vernetzt, das Klima für und mit Jugendlichen verbessert und die Partizipation der Jugendlichen auf allen Ebenen gefördert. Das 2007 neu überarbeitete Jugendleitbild dient als Arbeitsinstrument für die künftige Jugendpolitik und die darin vorgeschlagenen Massnahmen sollen Schritt für Schritt umgesetzt werden.
Als Anlauf- und Auskunftsstelle steht die Abteilung Jugend allen – Jungen und Alten, Verwaltung und Behörde, Stadt und Region, In- und Ausland – zur Verfügung. Die Jugendlichen erhalten bei eigenen Ideen und Projekten Unterstützung und werden auf ihre, auch politischen, Möglichkeiten aufmerksam gemacht. Zudem sollen die verschiedenen Institutionen und Trägerschaften, welche sich für die Jugend engagieren, vernetzt und eine städtische, regionale sowie kantonale Zusammenarbeit gefördert werden. Weiter ist es Aufgabe der Abteilung Jugend, sich für ein erweitertes Jugend-Angebot innerhalb der Stadt einzusetzen; sei es betreffend Lokalitäten, Jugendarbeit oder kulturellen Veranstaltungen.

► **Tourismus**
► **Kultur**
► **Kinder und Jugendliche**
► 0-4: Unterstützung für die ersten Schritte in die Welt
► 5-12: Schule - aber nicht nur
► 13-18: Begleitung auf dem Weg zum Erwachsensein
► Angebote nach Quartieren
► Spielplätze
► Links
► Sport
► Vereine
► Events

Kinder und Jugendliche

0-18

Willkommen im Bereich 0-18 der Familienstadt Biel
Die Rubrik 0-18 informiert Kinder, Jugendliche und deren Eltern - dem Alter des Kindes entsprechend - über die Freizeitangebote.

Ob Gross oder Klein, die vielseitigen Freizeitangebote der Stadt Biel richten sich an Kinder und Jugendliche aller Altersklassen. Geordnet nach dem Alter der Kinder bzw. Jugendlichen oder nach Quartieren finden sich auf unseren Seiten Informationen zu den einzelnen Angeboten.

- 0-4: Unterstützung für die ersten Schritte in die Welt
- 5-12: Schule - aber nicht nur
- 13-18: Begleitung auf dem Weg zum Erwachsensein
- Angebote nach Quartieren
- Spielplätze

Links zu weiteren Freizeitangeboten und Infos für Kinder und Jugendliche gibt es hier.
Informationen zu den Themen Bildung und Beratung gibt es hier.
Die Sportangebote und die Links zu den einzelnen Sportclubs finden sich hier.

Adresse
Jugend + Freizeit
Eisengasse 6
2502 Biel
T: 032 326 14 53
Fr: 032 326 14 95
jugend.freizeit@biel-bienne.ch

Detaillierte Adresse zur Karte

suchen

Wichtige Hinweise
Budget 2010

active since 1175
© by Stadtmaking Burgdorf

Weiterführende Informationen
Wichtige Adresse:
Büro für offene Jugendarbeit der ev.-ref. Kirchgemeinde Burgdorf
Kirchgemeindehaus Lysachenstrasse 2, 3400 Burgdorf
Telefon 034 426 21 20, jugend@burgdorf@bluewin.ch

Jugendleitbild der Stadt Burgdorf, 2007. Bestellung bei der Abteilung Jugend möglich. Vermietbare Räume. Anfrage bei der Abteilung Jugend.

Externe Links:
1 Offene Jugendarbeit Burgdorf und Umgebung
2 Stiftung Burgdorfer Ferienpass
3 Dr. fahrend Schuljubiläum: Ein mobiles, offenes Kinderangebot
4 Spielmaterialverleih
5 Ludothek Burgdorf
6 Courses
7 Jugendleitbild
8 Kulturschopf

Ihre Ansprechpartner

Staub, Andrea
Funktion: Jugendbeauftragte
E-Mail: andrea.staub@burgdorf.ch
Tel: 034 429 92 89



Konkret gehe es darum heute eine Stelle zu schaffen, die sich administrativ und inhaltlich um die so genannten "freiwilligen" Kinder- und Jugendanliegen kümmert, welche vom Kanton als ASIV-Aufgaben verstanden werden und die mittels Verträgen auch an Dritte zur Ausführung übertragen werden können. Beispielsweise könnte die Koordination und Organisation mit ToKJO, dem Tageselternverein Region Langenthal (TRL), der Kinderkrippe, der Kindertagesstätte Windrose über diese Stelle stattfinden. Anzunehmen sei auch, dass die Koordination des Schülertagesstättenangebots von leolea über diese Stelle organisiert würde. Wie genau diese Tätigkeiten innerhalb des Bildungsamtes aufgeschlüsselt werden können, (welche Stelle, mit welchen Ressourcen die Arbeiten aufnehmen) hänge davon ab, welche Ressourcen am heutigen Abend vom Stadtrat bewilligt werden.

Aus Sicht des Gemeinderats sei es absolut sinnvoll die Aufgaben in den Bereichen Betreuung und Coaching der ausführenden Dritten, wie auch das stetige Controlling in diesen Bereichen, mit dieser Stelle zu bündeln um Synergien zu schaffen. Die Angebote würden sich heute teilweise im Sozialamt befinden. Diese seien beim Bildungsamt aber effektiv viel näher am entsprechenden Bedürfnis, weil im Sozialamt - wenn es um Kinder- oder Jugendschutz gehe - die Massnahmen nicht mehr freiwillig seien.

Natürlich liege - nebst dem bereits Erwähnten - in der Stelle der/des Jugendbeauftragten grosses Potenzial. Kinder und Jugendliche erhalten in Langenthal eine Anlaufstelle für ihre Anliegen innerhalb der Verwaltung. Eine Koordination - auch mit den Anforderungen, die der Kanton laufend an die Leistungserbringenden der Stadt stelle - könnte stattfinden. Die von der Stadt gewünschte Prävention könnte durch die Stelle eingebracht werden. Auch eventuell "neue" politische Anliegen (wie beispielsweise ein Kinderparlament, Schuljugendarbeit, Elternrat, Schulsozialarbeit, Timeoutklassen etc.) könnten effektiv in die Diskussion eingebracht und gemäss dem politischen Willen umgesetzt werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Die zu bewilligende Stelle koordiniere, vernetze und organisiere alle Organisationen und Anliegen im Bereich der heute bereits bestehenden Jugendfragen. Genauso werde dies in anderen bernischen Städten bereits gemacht. Das neue Amt für Bildung, Kultur und Sport brauche Ressourcen für eine/n Jugendbeauftragten.

Die Antwort auf die Frage, ob die Stelle nicht durch ToKJO ersetzt oder in ToKJO geschaffen werden könnte, laute NEIN!



Quelle: www.toonpool.com/ / halbe Sachen

stadtlangenthal



Quelle: Langenthaler Tagblatt, Freitag, 10. September 2010

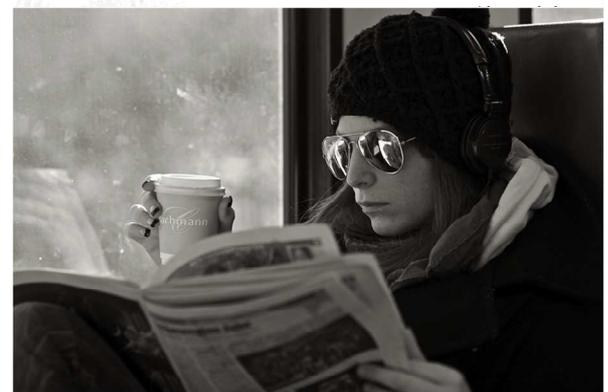
Der Gemeinderat sowie das Sozialamt sei stolz darauf, was der Trägerverein für offene Kinder- und Jugendarbeit in Langenthal und in der Region erreicht habe. Stolz sei man auch auf das aufkommende und sich ständig erweiternde Selbstverständnis innerhalb der Region.

An dieser Stelle danke und gratuliere er den Verantwortlichen innerhalb der Stadtverwaltung, der heute abwesenden Stadträtin und Präsidentin des Trägervereins Florinda Walkamm-Mauricio und dem Stellenleiter von ToKJO, Herrn Tom Bertschinger, bestens für den riesigen Erfolg mit ToKJO.

ToKJO sei aber - wie in anderen Städten auch - nur einer von mehreren Playern innerhalb eines in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Bereiches. Langenthal brauche die Stelle innerhalb der Verwaltung für das Verfassen von Berichten und Anträgen im Themenfeld der Jugend, für die Organisation und die Koordination, womit sie eher auf der papierernen als auf der ausführenden Ebene tätig sei. Die ausführende Ebene, welche aufsuchende Jugend- und Kinderarbeit betreibe, liege in der grossen Kompetenz von ToKJO. Die im Stellenbeschrieb für eine/n Jugendbeauftragte/n aufgeführten Anforderungen entsprechen den Kernkompetenzen von ToKJO aber nicht.

Konsequenzen bei Ablehnung der Vorlage:

Wenn die Aufgaben im Jugendbereich - die bisher meistens vom Sozialamt oder dem Fachbereich Bildung separiert, oder von Arbeitsgruppen wie beispielsweise BELLangenthal und dadurch gehäuft mit Schnittstellen wahrgenommen worden seien - einheitlich und ordentlich in das Amt für Bildung, Kultur und Sport überführt würden, ohne die notwendigen Ressourcen zur Erledigung der Aufgaben zu sprechen, würde damit das Zeichen ausgesandt, dass sich innerhalb der Stadtverwaltung niemand um die Anliegen der Jugend kümmere.

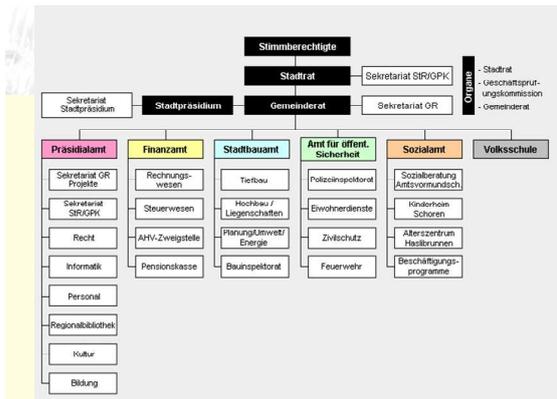


Quelle: www.fotocommunity.de Stichworte: laute Jugend



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010



Quelle: www.langenthal.ch/de/verwaltung/uebersichtverwaltung/

Die Jugend habe innerhalb der Stadtverwaltung keine direkte Ansprechperson, was auch aus der Homepage bzw. dem Organigramm hervorgehe.

Während es auf den Homepages anderer Städte mit wenigen Mausklicken möglich sei, die für die Jugend zuständige Stelle zu finden, werde man auf der Langenthaler Homepage nicht fündig, da weder das Thema Kinder noch Jugend darin vorkomme.

Dieser Mangel müsse behoben werden, dafür werde die Stelle einer/eines Jugendbeauftragten gebraucht.

Eine weitere Konsequenz der Ablehnung wäre, dass der Start eines Bildungsamtes erschwert würde, da die Aufgaben zwar zugeordnet - die notwendigen Ressourcen dafür aber nicht geschaffen wären.

Jetzt und heute sei es machbar, wogegen eine Verschiebung in eine Verwaltungsreorganisation aus den genannten Gründen keinen Sinn mache, weil eine erneute Überprüfung der Frage, ob es die Stelle brauche oder nicht, nur zu Tage fördern würde, dass es sie brauche.

Das Poster für das 'MACH!BAR KICK-OFF EVENT' am Samstag, 18. September, ist ein buntes und dynamisches Plakat. Es enthält folgende Informationen:

- Titel:** MACH!BAR KICK-OFF EVENT SAMSTAG 18. SEPTEMBER
- Ort:** jugend kultur haus (neon)
- Zeitschema:**
 - 10-11 / 11.15-12.15 UHR: YOGA
 - 10-12 UHR: DJ-WORKSHOP
 - 14-16 UHR: HIP-HOP TANZKURS
 - 18 UHR: PREISVERLEIHUNG FOTOWETTBEWERB
- Interaktion:** ANSCHLIESSEND MITTAGSPAUSE MIT LUNCH, ANSCHLIESSEND SAFTBAR UND AUSSTELLUNG 'IDEEN UND MEINUNGEN', ANSCHLIESSEND GRANDE FINALE
- Zusätzliche Aktivitäten:** OPEN HOUSE (10-19 UHR), KEINE ANMELDUNG NOTIG
- Zielgruppe:** FÜR ALLE OBERSTUFENSCHÜLER / INNEN
- Infos:** MEHR INFOS AUF WWW.TOKJO.CH
- Prämie:** GUTSCHEIN FÜR EPHEN COCKTAIL ZUM WÄRSCHEN PRESS AN DER SAFTBAR

Das Logo 'stadtlangenthal' ist oben rechts zu sehen. Unten steht: 'Danke für Ihre Aufmerksamkeit.' und 'Tokjo'.

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Die Stadt Langenthal dürfe sich wegen der zahlreichen Sportvereine glücklich schätzen. Die von der Homepage herunterladbare Vereinsliste ergebe ein ansehnliches Dokument. Zirka ein Drittel davon seien Sportvereine. Viele hunderte Bürgerinnen und Bürger seien in Sportvereinen organisiert. Langenthal dürfe auch stolz auf einen umfangreichen freiwilligen Schulsport, auf bestens ausgebaute Sportanlagen und auf viele Individualsportlerinnen und -sportler sein, ohne den kommerziell organisierten Sport speziell zu erwähnen.

Den Sport dem Bildungsamt zuzuordnen, bringe folgende Vorteile:

- Vorweg und aus der Praxis heraus würden sich ganz bestimmte Synergien in Bezug auf die Belegungen ergeben. Heute sei die Belegung problematisch, was allen bekannt sei, die selber in einem Sportverein tätig seien, weil es zwischen den Schulen, den Hauswarten, dem freiwilligen Schulsport und Vereinen oftmals Friktionen gebe. Die neue Lösung verspreche eine wesentliche Vereinfachung.
- Auch spezifische Themen wie das Projekt "Talent" (Förderung talentierter Schülerinnen und Schüler im sportlichen und musischen Bereich) würden wesentlich davon profitieren, wenn die Bereiche Schule, Sport und Kultur verwaltungsintern enger zusammenarbeiten könnten. Sowohl Kultur- als auch Sportvereine wären dem gleichen Amt zugeordnet. Heute sei die Kultur dem Präsidialamt und der Sport dem Stadtbauamt zugeordnet. Eine Bündelung im Bildungs-, Kultur- und Sportamt mache aus Sicht der Verwaltung, aus Sicht der zuständigen Ressorts und insbesondere aus Sicht der Vereine Sinn.
- Aktuell gebe es in der Stadt Langenthal eine Fachstelle Sport, wogegen die Kultur in einem Fachbereich organisiert sei. Es sei an der Zeit, diese Bereiche auf einen gleichen Level zu stellen.



- Sportkoordination sei ein Schlüsselbegriff im Bereich Sport. Genauso wie es im Sport eine Koordination der Bewegungsabläufe brauche, brauche es eine Koordination der Verwaltungsabläufe um Leerläufe zu vermeiden. Genauso wie im Sport eine Teamkoordination mit Betreuern, Trainern und dem Vorstand wichtig sei, sei das Zusammenspiel in der Verwaltung zwischen den Behörden, den Vereinen, dem Kanton und dem Bundesamt für Sport (BASPO) wichtig. Genauso wie im Sport die Koordination von Rahmenbedingungen unabdingbar sei, sei für die Verwaltung die Koordination und die Übersicht über Projekte und Investitionen, über die Bewirtschaftung von Sportanlagen und deren Finanzen unabdingbar.

Ein/e Sportkoordinator/in

- vernetze die Zusammenarbeit von im Bewegungs- und Sportbereich tätigen Partnern
- unterstütze Träger von nicht kommerziellen Sportangeboten
- helfe Schulen im Bereich Sport
- administrierte Sport- und Bewegungsangebote in der Gemeinde (beispielsweise I + S, Infrastrukturanlässe, etc.)
- koordiniere im Auftrag der Gemeinde Anlässe
- optimiere die Anlageauslastung
- erhalte und/oder schaffe Bewegungsangebote
- koordiniere die Belegung der Sportanlagen
- sei für die Kommunikation, die Bewegungsförderung, die Prävention und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich
- sei eine wichtige Drehscheibe und ein/e Imagerträger/in gegen aussen.

Ein/e Sportkoordinator/in würde heute beispielsweise

- im Bewegungs- und Sportstättenkonzept mitarbeiten
- in die Schulraumplanung - was Bewegung betreffe - delegiert werden können
- bei der Präsidentenkonferenz der Sportvereine mithelfen.

Da es nicht weiterhin so sein dürfe minimal zu verwalten, sondern den Bereich zu gestalten, müsste das Motto nun klar sein. All die Vereinsverantwortlichen der Langenthaler Sportvereine, die meistens in unbezahlter Freiwilligenarbeit viele Stunden aufwenden um Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu fördern, zu bewegen und zu motivieren, sollten heute ein klares Zeichen von der Stadt erhalten, dass die Bereitschaft bestehe, auf der Verwaltungsebene dem Sport die Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm angesichts der gesellschaftlichen Relevanz schon längstens zustehe.

Die Zustimmungen der vorberatenden Kommissionen - ausgenommen die Zustimmung der Finanzkommission - würden vorliegen. Die Finanzkommission habe den Vorbehalt angebracht, die beiden Bereiche Jugend und Sport bis zur Verwaltungsreform zurückzustellen. Ihr persönlich sei nicht klar, weshalb abgewartet werden soll. Der Bedarf nach mehr Stellenprozenten im Sportbereich sei heute ausgewiesen. Der Bedarf werde morgen noch anwachsen, was anhand von ein paar Stichworten wie: BMI (Body Mass-Index); Fettleibigkeit von Schülerinnen und Schülern und der ganzen heranwachsenden Generation belegbar sei. Wichtig sei auch der Hinweis auf die Tagesschulen. Auch dort werde Bewegung einen wichtigen Bereich abdecken müssen oder dürfen.

Die Vorteile der Zuordnung des Fachbereichs Sport in das Bildungsamt würden schon heute auf dem Tisch liegen. Auch eine Verwaltungsreform würde zu keiner anderen Beiordnung führen. Aus diesem Grund bitte sie dem vorliegenden Beschluss heute mit Überzeugung zuzustimmen.



Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin: Die Ausführungen der drei Gemeinderatsmitglieder seien sehr informativ. In der Laufbahn eines Stadt- oder Gemeinderates komme es selten bis nie vor, bei der Bildung eines neuen Amtes mithelfen, mitorganisieren, mitgestalten zu können. Den Parlamentarierinnen und Parlamentariern eröffne sich diese Möglichkeit am heutigen Abend.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube sie sich folgende positive Feststellungen zur Vorlage anzubringen:

Nach gründlicher Überprüfung der Sachlage habe der Gemeinderat das Projekt weitergezogen, als dies ursprünglich vom Motionär im Kern verlangt worden sei, indem die ohnehin bestehenden Stellen gemäss der Vorlage nun organisatorisch und übersichtlichen am richtigen Ort platziert seien. Der Gemeinderat wolle der Bildung, der Jugendarbeit und dem Sport mehr Gewicht geben, was nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission sehr positiv sei.

Auf Anregung der Finanzkommission, den Ausbau der personellen Ressourcen in den Bereichen Jugend und Sport zurückzustellen, habe der Gemeinderat den Antrag dreigeteilt, womit das Geschäft - vorausgesetzt, dass der Beschlusspunkt I akzeptiert werde - variabel annehmbar sei. Die Geschäftsprüfungskommission beurteile dieses Vorgehen als sehr geschickt und danke allen an der grossen Vorarbeit beteiligten Stellen für ihr Engagement. Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage.

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion: Nach zweijähriger Vorgeschichte befasse sich das Parlament heute mit dem Amt für Bildung, Kultur und Sport. In der EVP/glp-Fraktion habe man sich die Frage gestellt, ob es sich dabei um einen grossen historischen Wurf handle. Die Beantwortung dieser Frage sei aber noch offen. Die EVP/glp-Fraktion sei sich jedoch sicher, dass es mindestens ein notwendiger Wurf sei. Die EVP/glp-Fraktion sei beispielsweise aus folgenden Gründen von der Vorlage überzeugt:

- Mit der Schaffung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport würde der Bildung der Stellenwert eingeräumt, den sie effektiv habe und der von der heutigen Gesellschaft auch gebraucht werde.
- Durch das neue Amt entstünde eine gute und starke Schnittstelle zwischen Schule und Verwaltung. In den Augen der EVP/glp-Fraktion sei dies wichtig, weil so Synergien zwischen beiden Institutionen besser genutzt werden könnten.
- In Zukunft werden viele Herausforderungen auf die Schule zukommen. Mit dem Amt für Bildung, Kultur und Sport würden diese effizienter und breiter abgestützt angegangen werden können.
- Die Schulleiter würden in gewissen Bereichen entlastet, so dass sie sich effektiv auf die operative und pädagogische Führung der Schule konzentrieren könnten.
- Mit der Schaffung des Amtes kämen die Bereiche Schule, Kinderbetreuung und die Jugend unter das gleiche Dach, womit auch in Bezug auf diese Themen Synergien genutzt und Kommunikationswege vereinfacht werden könnten.
- Die Bereiche Kultur und Sport würden damit aufgewertet, was nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion wichtig, richtig und längst überfällig sei.
- Die Stadt würde eine/n Jugendbeauftragte/n erhalten, die bzw. der sich explizit dieser wichtigen Thematik widmen könnte, die oder der verschiedene Angebote koordinieren und sich mit einer übergeordneten Strategie befassen könnte, so dass die Jugendarbeit in Langenthal zielgerichtet und effizient organisiert werden könnte.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

- Der Bereich Sport habe bis anhin nur oder hauptsächlich aus administrativer Arbeit bestanden. Neu würde der Sport - als ein in der Gesellschaft immer wichtiger werdender Bereich - endlich auch eine inhaltliche Komponente erhalten. Die EVP/glp-Fraktion erachte es als wichtig, dass der Sport in einer Gemeinde, in der Grösse Langenthals, mit einer/einem Sportkoordinator/in ein Gesicht bekomme und damit nicht nur verwaltet sondern auch gezielt gefördert werde.

Mit der Annahme der Vorlage bewillige der Stadtrat neue Stellen im Umfang von 250%, was jährlich neue Kosten von Fr. 322'000.00 auslöse. Der EVP/glp-Fraktion sei das neue Amt bzw. die Bildung und die Gewichtung der Jugend, der Kultur und des Sports, dieses Geld wert. Die EVP/glp-Fraktion sei sich sicher, dass heute der richtige Zeitpunkt sei, um allen drei Bereichen im vorliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion: Sicherheit, Finanzen, Soziales, Bauwesen, Bildung, Jugend, Kultur und Sport seien grosse Themen, die jede und jeden im öffentlichen Leben aber auch eine Stadt betreffen. Ein Unterschied zwischen den Themen bestehe lediglich darin, wie stark die Politik sie gewichte. Für die Themen: Sicherheit, Finanzen, Soziales und Bauwesen gebe es in der Stadtverwaltung Ämter und somit Amtsvorstehende mit entsprechenden Ressourcen und einem Mitarbeiterstab, der sich um entsprechende Projekte der jeweiligen Themen kümmern könne.

Die Themen Bildung, Jugend, Kultur und Sport würden heute ein kümmerliches Dasein als Anhängsel diverser Ämter fristen. Das von Gemeinderat Reto Müller bereits gezeigte Organigramm der Stadtverwaltung mache deutlich, dass die Kultur und Bildung dem Präsidialamt ganz am Schluss anhänge, was nach Ansicht der SP/GL-Fraktion nicht ausreiche. Im Organigramm sei die Spalte Volksschule bereits vorbereitet. Darin würden sich das Amt für Bildung, Kultur, Jugend und Sport gut einfüllen lassen.

Es reiche aber nicht aus, einfach einer Amtsvorsteherin oder einem Amtsvorsteher den Auftrag zu erteilen, sich darum zu kümmern. Die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher brauche dazu auch Leute, die sich um die differenzierten Themen kümmern. Es brauche dazu Leute, die sich mit den anderen (Sportvereine etc.) auseinandersetzen können. Im heutigen Zeitpunkt gebe es in Langenthal 1'855 Kinder und Jugendliche im kindergarten- und schulpflichtigen Alter, was mehr als 12% der Wohnbevölkerung ausmache. Die auswärtigen Schülerinnen und Schüler seien in dieser Berechnung nicht enthalten. Diese würden sich auf 12 Kindergärten und 4 Schulzentren verteilen. Zusätzlich zum städtischen Bildungsangebot gebe es auch noch das BZL.

Diese Zahlen würden veranschaulichen, dass die Bildung für Langenthal sehr wichtig sei. Es sei schon fast unverantwortlich, dass die Stadt in diesem Bereich bis anhin kein Amt und keine Ressourcen zur Verfügung gestellt habe. Von allen Parteien werde immer wieder betont, wie wichtig die Bildung für die Stadt, für die Jugend, das Gewerbe und für die Industrie sei. Langenthal wolle sich als Bildungsstandort profilieren. Bis jetzt sei aber von Seiten der Politik noch nichts gemacht worden.

Das Bildungswesen befinde sich in einem Wandel. Viele Aufgaben - wie beispielsweise das Informatikprojekt, das bis diesen August hätte umgesetzt werden sollen, mangels Ressourcen aber erst im Jahr 2011 umgesetzt werden könne - stehen an. Auch die bereits erwähnten Tagesstrukturen, die noch knapp durchgebracht worden seien, hätten in einem Amt viel besser vorbereitet und koordiniert werden können. Auch die Schulraumplanung werde auf die Stadt zukommen. Zur Koordination dieses Themas brauche es ein Bildungsamt.

Heute gehe es nicht nur um die Bildung. Langenthal sei stolz darauf ein renommiertes Theater zu haben. Langenthal sei stolz auf die Regionalbibliothek. Langenthal könne sich rühmen mit dem Kunsthaus ein Institut zu haben, das über Langenthal hinaus strahle und Interesse in der ganzen Region und schweizweit wecke. Langenthal habe ein eigenes Museum, das sehr interessante Ausstellungen aufleise und der Bevölkerung die Geschichte Langenthals näher bringe. Die Institutionen würden zwar schon eigene Ressourcen haben, diese müssten zukünftig aber noch gebündelt und koordiniert werden können.



Ein ganz kümmerlicher Stellenwert habe in der Stadtverwaltung der Bereich Sport. Wie Gemeinderätin Paula Schaub-Holt verweise er auf die aus dem Internet herunterladbare Vereinsliste. Darunter gebe es sehr viele Sportvereine, deren Koordination verbessert werden müsse, da die Ressourcen der Stadt in Bezug auf die Trainingsmöglichkeiten nicht unendlich seien.

Mit der Annahme des Teil I des vorliegenden Beschlussesentwurfs würde den Themengebieten nur ein Gesicht in der Stadtverwaltung verliehen, womit die notwendigen Ressourcen aber noch nicht geschaffen, seien, damit die auf die Stadt zukommenden Projekte ausgeführt werden können. Heute bestehe die Chance dieses Manko zu eliminieren, indem auch dem Teil II und Teil III des Beschlussesentwurfs zugestimmt werde. Damit hätte der oder die Amtsvorstehende auch eine gewisse Anzahl Stellenprozente und somit Mitarbeitende, die sich um die verschiedenen Themen kümmern könnten.

Die betroffenen und vorberatenden Kommissionen hätten sich für die Schaffung des neuen Amtes mit den zusätzlichen Stellenprozente für die Jugend und den Sport ausgesprochen. Einzig die Finanzkommission habe Zweifel an diesem Vorhaben geäußert. An dieser Stelle halte er Namens der SP/GL-Fraktion nochmal fest, dass die Schaffung der zusätzlichen Stellen notwendig sei, damit das neue Amt die Aufgaben erfüllen könne und nicht nur zum Koordinationsamt verkomme.

Es gelte nun ein Zeichen für die Jugend und für den Sport in der Stadt Langenthal zu setzen. Es reiche nicht aus nur zu sagen, dass die Jugend und der Sport und somit die Gesundheit der Bevölkerung wichtig sei - aber nichts dafür tun zu wollen. Die SP/GL-Fraktion werde allen drei Beschlussespunkten einstimmig zustimmen und hoffe auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Armin Flükiger, SVP-Fraktion: "Viel Geld auszugeben, ohne Wirkung zu zeigen!"; "die Schulleiter werden künftig geführt!"; "damit werde die Katze im Sack gekauft!". Solche und weitere Aussagen aus dem Parlament sowie aus der Mitte der Bevölkerung würden zeigen, dass das Geschäft nicht ganz unumstritten sei und sicher auch berechnete Fragen aufwerfe. Die SVP-Fraktion habe sich anlässlich ihrer letzten Sitzung und auch in verschiedenen zusätzlichen Besprechungen sehr intensiv mit dem Geschäft befasst, sich Gedanken zur Thematik gemacht und sich eine Meinung gebildet. Die SVP-Fraktion stimme mehrheitlich dem Hauptantrag zur Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport und auch den zwei Zusatzanträgen zu - allerdings ohne grosse Euphorie und nicht ohne verschiedene Fragezeichen dahinter zu setzen. Ein paar Begründungen, die trotzdem für die Schaffung des Amtes sprechen, seien heute bereits genannt worden.

Die SVP-Fraktion sei mehrheitlich davon überzeugt, dass mit dem neuen Amt die Organisation der Volksschule sehr gestärkt würde. Das Bildungsamt würde die Volksschulkommission sicher in der Umsetzung von strategischen Aufgaben unterstützen und beraten. In Bezug auf die anstehende Schulraumplanung und bezüglich allfällig künftiger Fragen zu Schulmodellen und zu Schulprogrammen würde für die Schulleitungen sicher eine Entlastung stattfinden. Persönlich sei er davon überzeugt, dass die Schnittstelle zwischen der Schule und der Verwaltung optimiert würde, weil bis anhin entsprechendes Personal dafür gefehlt habe.

Dass der Wunsch und das Anliegen der Motion - mit der Schaffung des Amtes auch eine Einheitlichkeit in den Schulzentren zu erreichen - erfüllt werde, glaube er persönlich nicht, da die Schulzentren auch zukünftig teilautonom seien und sich die Schulleitungen nicht so schnell in die operativen Bereiche reinreden lassen.

Was den Bereich Kultur und somit das Stadttheater und die Bibliothek betreffe, so glaube die SVP-Fraktion an die Stärkung des bisherigen Systems entsprechend dem Motto: "Glauben macht selig."

Im Bereich Sportadministration, der seines Wissens einmal bei den Schulen angegliedert gewesen sei, würde jeder Schritt, der in eine bewusste Administration (Vergabe von Hallen etc.) unternommen werde, ein Fortschritt der Situation darstellen, bevor Frau Andrea Mühlhauser angestellt worden sei. Mit Frau Andrea Mühlhauser habe sich die Situation sehr viel verbessert.



Die SVP-Fraktion stimme dem Zusatzantrag "Jugendbeauftragte/r" zu, weil sie die Jugendarbeit entsprechend ihrem Thesenpapier generell unterstütze. Die SVP-Fraktion sei davon überzeugt, dass Problemfälle, die beim Übergang von der Schule zum Beruf und zur Bildung entstehen können, mit zusätzlichen Ressourcen gemindert und diese auch erfasst werden könnten. Die SVP-Fraktion sei sich des heute bestehenden Mankos in diesem Bereich bewusst. Die SVP-Fraktion sei auch davon überzeugt, dass die Jugend- und Kinderanliegen damit besser angenommen werden könnten, obwohl dies mit erheblichen Kosten verbunden sei.

Die SVP-Fraktion sage Ja zur Sport-Stadt Langenthal und stimme auch dem Zusatzantrag "Sportkoordinator/in" zu. Persönlich glaube er, dass Sport das beste Präventionsmittel in verschiedensten Bereichen sei. Die SVP-Fraktion hoffe gemäss dem Motto: "Die Hoffnung stirbt zuletzt", dass damit der Bereich Sport sowie der Bereich Verwaltung eine Optimierung der Koordination und Innovation erfahre.

Das neue Amt mit allen Fachbereichen sei gross, vielleicht sogar zu gross und komme einem Moloch gleich. Die SVP-Fraktion sei gespannt, wie viel des Bereichs Bildung in diesem Amt bzw. Stelle dann wirklich Platz haben werde. Zur Zeit seien in der Amtsleiterstelle 65 Stellenprozente für diesen Bereich definiert. Im Sinne von "zu viele Köche verderben den Brei" empfinde die SVP-Fraktion es als sehr negativ, wenn das Amt künftig in einer Co-Leitung geführt würde. Für die SVP-Fraktion seien klare Strukturen wichtig. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass das Amt mit all den Fachbereichen dann funktioniere, wenn für diese Stellen entsprechend fähige Personen gefunden werden können. Dieser Anspruch berge ein gewisses Risiko. Die SVP-Fraktion gehe diesbezüglich aber gemäss dem Motto vor: "Wer wagt, gewinnt!"

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion habe grosses Verständnis für das Anliegen und sei auch zu einer teilweisen Unterstützung der Vorlage bereit.

Die FDP/jll-Fraktion sei schon bei der Behandlung der Motion von Stadtrat Steiner Daniel dafür gewesen, ein Bildungsamt zu schaffen. Allerdings hätte die FDP/jll-Fraktion den Vorstoss lieber in Form eines Postulates gesehen, stelle nun aber fest, dass der Gemeinderat in verdankenswerter Weise die Motion nicht all zu eng gesehen habe und das Thema etwas breiter gefasst habe. Bei der Behandlung des Postulates von Stadträtin Greber Beatrice sei die FDP/jll-Fraktion auch grundsätzlich für die Einsetzung eines Jugendbeauftragten gewesen, allerdings ganz klar unter der Voraussetzung dass dieser in ToKJO integriert werde.

Insbesondere dankbar sei die FDP/jll-Fraktion darüber, dass bereits zwei Jahre nach Eingabe der Vorstösse darüber verhandelt werden könne. Andere Vorstösse würden deutlich länger auf eine entsprechende Verhandlung warten müssen.

Grundsätzlich verhalte es sich beim vorliegenden Geschäft aber so, dass eine heute bestehende Leistung künftig zu einem teureren Preis erhältlich wäre. Dieser Umstand müsse klar gesehen werden. Der Stadt gehe es gut, weshalb sie - wie er persönlich auch - etwas Speck ansetze.

Die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat recht herzlich für die Gelegenheit im Stadtrat differenziert über die Vorlage abstimmen zu können. Zum Einen über die Schaffung des Amtes im Grundsatz und anschliessend über die Stelle der/des Jugendbeauftragten sowie die der/des Sportkoordinatorin/Sportkoordinators. Damit erhalte dieses Geschäft - insbesondere im Kern - eine deutlich grössere Chance.

Die administrative, von der Schule unabhängige Stelle, die zur Verfügung stehe, um die Schulen zu führen, werde von der FDP/jll-Fraktion als Vorteil erachtet und spreche für das Geschäft. Zudem führe die Schaffung sicher auch zu einer gewissen Entlastung der Volksschulkommission; allenfalls finde in diesem Bereich auch eine gewisse Professionalisierung statt. Die FDP/jll-Fraktion sehe - insbesondere, weil das neue Amt auch für die Schulraumplanung zuständig wäre - gewisse Synergien mit dem zur Zeit laufenden Projekt Schulraumplanung.

Viele formelle Aspekte - wie beispielsweise dass die Finanzen sowie der Bau in einem Amt organisiert seien, womit die Bildung doch auch in einem eigenen Amt organisiert sein müsste - seien genannt worden. Grundsätzliche könne dies, und dass jede/r Ressortvorstehende ein Amt unter sich habe, nicht massgeblich sein und spreche gegen das Geschäft.



Mit der Professionalisierung im Bereich Kultur und Sport gehe insbesondere einher, dass in diesem Bereich viel auf Freiwilligenarbeit basiere. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und der Finanzen würde es sich wahrscheinlich nicht bewähren, wenn jeder selber und aus eigenem Antrieb heraus etwas unternehmen würde. Im Bereich des Sports und der Kultur passiere aber viel auf freiwilliger Ebene. Dementsprechend gelte es aufzupassen nicht Gefahr zu laufen, den Leuten, die dies ehrenamtlich machen, die Qualifikation oder die Motivation im Sinne von "was nichts kostet, ist nichts Wert" abzusprechen. Demgemäss könnte das Geld ja auch auf Vereine aufgeteilt werden, die etwas für die Nachwuchsförderung unternehmen. Seiner Meinung nach würde damit eine deutlich grössere Wirkung mit dem gleichen eingesetzten Franken erzielt.

Nach Ansicht der FDP/jll-Fraktion müsse die/der Jugendbeauftragte mehr bzw. definitiv ins ToKJO eingebunden werden, wogegen die/der Sportkoordinator/in nach Auffassung und aus heutiger Sicht der FDP/jll-Fraktion nicht wirklich nötig sei. Weshalb diese Stelle in die Vorlage aufgenommen worden sei, werde an und für sich verstanden, da die Hallenbelegung früher höchstens suboptimal funktioniert habe. Wie von Stadtrat Armin Flükiger erwähnt worden sei, habe diesbezüglich aber eine deutliche Verbesserung bereits stattgefunden.

Nicht zuletzt dürfe nicht vergessen werden, dass im Zusammenhang mit dem neuen Amt auch für die Amtsleitung Stellenprozente ausgeschieden worden seien, damit diese im Bereich Sport und Jugend tätig sein könne. Selbst wenn also jetzt die Stelle Sportkoordinator/in und Jugendbeauftragte/r nicht bewilligt würden, würde das eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation ergeben. Zusätzlich würde mit dem Hinweis, dass diese Stellen im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform besetzt werden könnten, vielleicht ein zusätzlicher Anreiz geschaffen, die Verwaltungsreform in entsprechender Geschwindigkeit voranzutreiben.

Die FDP/jll-Fraktion habe diverse Fragen zur ganzen Vorlage:

- Wieso wird die Jugendförderung nicht vermehrt ins ToKJO integriert?

Die FDP/jll-Fraktion sehe in der vorliegenden Lösung Doppelspurigkeiten, die eigentlich vermieden werden sollten, wenn schon die Gelegenheit bestehe, eine neue Struktur zu schaffen.

- Wieso ist ein Sportamt notwendig?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage, stosse man auf Seite 18/24 (Bericht und Antrag des Fachbereichs Recht vom 8. Juli 2010) auf die Begründung, dass es innerhalb der Verwaltung nötig sei, aktiv, effizient und koordiniert arbeiten zu können. Diese Formulierung sei etwas unkonkret.

- Kann man den Mehraufwand in die Kosten der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) einfliessen lassen?

Auf Seite 18/24 (Bericht und Antrag des Fachbereichs Recht vom 8. Juli 2010) werde begründet, dass im Zusammenhang mit der Regionalen Kulturkonferenz (RKK) Mehraufwand entstehe.

- Im Traktandum Nr. 2 der heutigen Sitzung werde über die RKK gesprochen. Ist demnach davon auszugehen, dass die Argumentation im Bericht und Antrag des Fachbereichs Kultur vom 22. Juni 2010 unter Punkt 10, wonach die RKK auf den Personalbestand und auf die Infrastruktur keine Auswirkungen habe, vorgeschoben worden ist?

Die FDP/jll-Fraktion unterstreiche die Haltung der SVP-Fraktion, dass die Leitung des Amtes ganz sicher zu Beginn nicht auf mehrere Personen aufgeteilt werden soll. Aus seiner Sicht sei das Amt schon deshalb schwierig zu führen, weil es eigentlich unter zwei Ressorts stehe. Die FDP/jll-Fraktion erachte eine doppelte Leitung für ein Amt im Aufbau als wenig sinnvoll und wenig effizient.

Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Schaffung des Bildungsamtes (Teil I des Beschlussesentwurfs), lehne die zwei weiteren Teilaspekte (Teil II Jugendbeauftragte/r und Teil III Koordinator/in Sport des Beschlussesentwurfs) - mindestens zum heutigen Zeitpunkt - jedoch ab.



Beat Sterchi: Er nehme vorweg, nicht so viele positive Punkte wie Stadtrat Markus Gfeller - der das Geschäft ablehne - gefunden zu haben und werde der Vorlage deshalb nicht gross zustimmen.

Ursprünglich sei in der Motion gestanden, den Bildungsstandort Langenthal zu stärken, was mit einer besseren Führung der Volksschulkommission hätte erreicht werden sollen. Der Kanton habe die entsprechende Umsetzungshilfe mit REVOS 08 für die Reorganisationen im Volksschulwesen an die Gemeinden gegeben. Darin werden 4 Punkte vorgeschlagen:

1. *Der Ressortvorsteher Schule präsidiert die Schulkommission.*

In Langenthal werde dieser Punkt erfüllt.

2. *Als Schulkommissionspräsident/in führt die/der Ressortvorsteher/in die Schulleitung personell und fachlich.*

In Langenthal werde auch dieser Punkt erfüllt.

3. *In grösseren Gemeinden mit mehreren Schulstandorten und Standortleitungen wird eine Hauptschulleitung mit ausgebautem Sekretariat geschaffen, welche die fachliche und personelle Führung der einzelnen Schulleitungen übernimmt und auch die Verbindung zur Gemeindeverwaltung sicherstellt.*

In grösseren Gemeinden sei es möglich, die Hauptschulleitungsstelle einer/einem Verwaltungsangestellten in der Funktion einer/eines Amtsvorstehenden oder Abteilungsleitenden zu übertragen. In der Gemeinde Lyss werde dies so praktiziert.

4. *Nach Auffassung der Erziehungsdirektion hat die neue Führungsstruktur der Volksschulen auf Gemeindeebene keinen neuen Personalbedarf zur Folge, sondern ist eine Frage der Organisation und der Kompetenzverteilung. Bei mehreren Schulleitungen kommt die Gemeinde nicht um den schwierigen Entscheid herum, wer die Funktion der Hauptschulleitung übernimmt.*

Der Gemeinderat weiche dieser Frage aus, weshalb er den Gemeinderat in diesem Punkt kritisieren. Der Gemeinderat mache vor Allem aus bürokratischen Gründen ungefähr das Gegenteil von dem, was in der Vorlage des Kantons stehe. Mit Konzepten, Berichten, Administration etc. werde dem Stadtrat der massivste Stellenausbau der letzten 15 Jahre beantragt, welcher die laufende Rechnung mit Kosten von immerhin Fr. 322'000.00 mehr belaste. Demgemäss stimme die Aussage, dass eine heute bestehende Leistung künftig teurer gemacht - aber nicht besser werde. Es werde ein unübersichtliches und wirres administratives Gebilde mit einer Aufgabenkombination aus Bildung, Jugend, Sport und Kultur geschaffen.

Das eigentliche Ziel, den Bildungsstandort Langenthal zu stärken, lasse sich damit ganz sicher nicht erreichen. Im Gegenteil sei zu befürchten, dass die Bildungsanliegen im neuen Aufgaben-Sammelsumarium geschwächt würden.

Der Gemeinderat habe Angst davor, einen der amtierenden Schulleiter zum Chef zu ernennen. Weil damit die Führungsfrage nicht geklärt sei, müssen für bürokratische Abläufe und natürlich auch damit die bürokratischen Abläufe überhaupt bewältigt werden können, neue Ressourcen geschaffen werden. Der Kanton verlange von den Gemeinden eine klare Kompetenzregelung. Im vorliegenden Schulreglement sei genau das Gegenteil der Fall, weil in Bezug auf die Kompetenzen der beteiligten Stellen wieder auf die kantonale Volksschulgesetzgebung zurückverwiesen werde, indem gemäss Art. 30 des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal einfach für alles, was nicht geregelt und nicht zugeteilt worden sei, neu die/der Amtsvorstehende zuständig sei. Zusammenfassend heisse das so viel, dass Basisdemokratie keine gute Schule schaffe, aber Ressourcen brauche. Wenn die Schule derart basisdemokratisch organisiert werden soll, dann brauche es die beantragten Ressourcen, was seiner Meinung nach aber nicht zweckmässig sei.



Eine wahre Meisterleistung sei die Unterstellung des neuen Amtsvorstehers: Dieser habe mindestens 5 vorgesetzte Stellen (2 Ressortvorstehende, Stadtpräsident, Stadtschreiber und Schulkommission), 6 beigegebene Kommissionen - was sonst kein einziger Amtsvorsteher habe - und mindestens 10 direkt unterstellte Mitarbeitende. Wie diese Organisation in einem neuen Amt klappen soll, sei fraglich. Das Scheitern in zwei Jahren sei seiner Meinung nach ganz klar vorgezeigt.

Für Vereine und Institutionen im Sport- und Kulturbereich seien die Wege bisher unkompliziert und unbürokratisch gewesen. Mit der Integration in das neue Amt würden neue bürokratischen Hürden aufgebaut, die die Rahmenbedingungen für Sportvereine und Kulturinstitutionen klar verschlechtern. Künftig würden bei ihren Anliegen nicht nur eine Kommission sondern neue Amtsstellen mitreden, was unweigerlich zu längeren Amtsabläufen, zu komplizierteren Entscheidungswegen und zu neuen Auflagen führe. Im Bericht des Gemeinderates sei klar dargelegt, dass die neuen Stellen nicht die Vereine unterstützen sollen, sondern, dass diese Administrativ-, Konzeptions- und Kontroll-Aufgaben wahrnehmen sollen. Das liege nicht im Interesse der Vereine.

Die Finanzkommission habe versucht die komplexe Vorlage zu vereinfachen und das Dringende vom Wünschbaren zu trennen, indem sie verlangt habe:

- zuerst die Führungsstruktur in der Volksschule zu klären, indem die Ressourcen für die Bildungsfragen bewilligt werden. Damit würde dem Bildungsamt eine Chance gegeben, dass es sich neu bilden und auch operativ tätig werden könnte.
- im Rahmen der Verwaltungsreorganisation noch einmal zu überprüfen, ob der Bedarf an Ressourcen für die anderen Aufgaben richtig sei. Es liege kein einziger Ressourcennachweis vor. Einfach nur emotional und im Sinne von "ich meine, ich habe, ich fühle" zu argumentieren, sei für ihn kein Ressourcennachweis.

Den Ausführungen der Finanzkommission entsprechend, müsse die Vorlage seiner Meinung nach noch einmal überprüft und überarbeitet werden. Ein Ja zum heute vorliegenden Geschäft, würde eine klare Abwertung des Bildungsstandortes Langenthal bedeuten, weil damit ein kompliziertes, bürokratisches Gebilde mit unklaren und konfliktträchtigen Kompetenz- und Aufgabenverteilungen geschaffen würde. Die Vorlage führe auch zu einer klaren Verschlechterung für die Sportvereine und die Kulturinstitutionen, indem bisher formlose Zusammenarbeitsmöglichkeiten bürokratisiert werden, was nicht im Sinne des Erfinders sei. Die Vorlage schaffe aber vor Allem nicht die erwünschte Klarheit in der Frage der Führung der Schulen, weil sie einfach mehr administrative Ressourcen vorsehe, anstatt Kompetenzen zweckmässig und klar zu verteilen.

Er fordere dazu auf, die Vorlage abzulehnen, damit dem Gemeinderat die Chance gegeben werden könne, noch einmal über die Bücher zu gehen, um dem Stadtrat eine führungstaugliche Organisation für das Bildungswesen vorzulegen.

Beatrice Greber: Schon im Jahre 2004 sei im Jugendleitbild ein/e Jugendbeauftragte/r empfohlen worden. Das Jugendleitbild sei damals in Zusammenarbeit mit Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio (FDP) erarbeitet worden.

Der Fachbereich Jugend habe in der Stadt Langenthal bis anhin keine gezielte Ansprechperson. Dementsprechend stelle sich die Frage wo (auf dem Sozialamt oder bei der Polizei?) man sich für Jugendfragen in Langenthal informieren kann. Obwohl sich der Amtsvorsteher des Sozialamtes aus Interesse mit dem Thema beschäftigt habe, gehöre es aber nicht zu den Aufgaben des Sozialamtes.

Ein/e Jugendbeauftragte/r könnte in Langenthal ein deutliches Zeichen gegen aussen setzen. In der heutigen Zeit sei das ein Muss. Die Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten seien sehr vielseitig:



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

- Ansprechperson für die Eltern, Jugendliche und Kinder
- Koordination verschiedener Projekte innerhalb der Verwaltung bis hinunter zur Basis
- Förderung fachgerechter präventiver Massnahmen
- Unterstützung für Vereine bei der Förderung der Sozialkompetenz
- Orientierung über den Jugendschutz
- Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden
- Ansprechperson für Fachstellen zu verschiedensten Themen (Alkohol, Drogen, Littering, Spielsucht, Essprobleme, Verschuldung Jugendlicher, Selbstverletzungen, Gewalt etc.)
- Verantwortung für die Qualitätskontrolle.

Der Leitsatz einer/eines Jugendbeauftragten müsse lauten: "agieren statt reagieren!" Der Gesellschaft müsse die Jugend wichtig sein. Dafür gelte es ein deutliches Zeichen zu setzen.

Therese Grädel-Fankhauser: Ob beruflich oder privat sei Bildung in ihrem Leben immer ein Thema gewesen. Am heutigen Abend seien schon viele Stichwörter wie beispielsweise Schnittstelle, Koordination etc. gefallen. Letztendlich gehe es vor Allem darum, Verantwortung für die Bildung und damit für die Jungen und für die Kinder bzw. deren Zukunft zu übernehmen. Es gelte aber auch Verantwortung für Leute, die hinter den Kulissen im Bereich Kultur, Sport etc. tätig seien, zu übernehmen. Diese Leute würden viele sehr wichtige Arbeiten - auch in präventiver Hinsicht - leisten. Der Job der/des Amtsvorstehenden sei anspruchsvoll. Die Güte und die Qualität der Arbeit werde letztendlich von der Akzeptanz und den Chancen abhängen, die der Stelle entgegengebracht bzw. eingeräumt werden. Die Schaffung des Bildungsamtes stelle ein grosse Chance dar, die es nun anzupacken gelte.

Urs Zurlinden: Da die Meinungen vermutlich bereits gebildet seien, habe er sich eigentlich gar nicht zu Wort melden wollen. Das Votum von Stadtrat Beat Sterchi habe ihn aber aus der Reserve gelockt.

Wer die heutige Organisation betrachte und diese mit den Möglichkeiten der Zukunft vergleiche, könne doch nicht sagen, dass mit der Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport ein unübersichtliches, wirres, administratives Chaos gebaut werde. Im Gegenteil: Heute sei die Fachstelle Sport - was auch immer diese Stelle heute mache - dem Stadtbauamt zugeordnet, wo sie nun überhaupt nichts zu suchen habe. Heute sei der Bereich Jugend - was auch immer heute darunter verstanden werden könne - dem Sozialamt zugeordnet, wo der doch am völlig falschen Ort sei. Die Kultur sei - gemäss Organigramm irgendwo unten links - dem Präsidialamt zugeordnet, was auch falsch sei. Wenn sich inhaltlich gewisse Bereiche in der Stadt zusammenfassen und administrativ mit Synergien besser bewirtschaften lassen, dann seien es die Bereiche Bildung, Kultur und Sport!

Mit der Zustimmung, die hoffentlich heute zur Schaffung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport erteilt werde, werde weder Chaos noch Verwirrung geschaffen, sondern das gesetzte Ziel erreicht.

Der Präsident des LVL, Herr Hansruedi Wyss, habe ihn heute telefonisch dringend gebeten, der Stelle Sportkoordination zuzustimmen, weil von Seiten der Sportvereine ein riesiges Bedürfnis danach bestehe. Persönlich sei er der Meinung, dass sich die Stadt diese Stelle leisten könne.

Patrick Freudiger: Etwas erstaunt stelle er fest, von allen Votanten der Jüngste zu sein, der das Projekt - welches nota bene im Namen der Jugend durchgezogen werden soll - ablehne, was seiner Meinung nach aber die Problematik der Vorlage aufzeige. Sollte sich Stadtrat Bernhard Marti noch dazu äussern, wäre er allerdings nur noch der Zweitjüngste ...

Nicht diejenigen, die jetzt im Namen der Jugend mit der grossen Kelle rühren und hunderttausende Franken jährlich ausgeben wollen, würden etwas für die Jungen tun. Man müsse die Jugend nicht schlechter darstellen, als sie sei. Die Jungen würden nicht während 365 Tagen in völliger Lethargie darauf warten, dass die Politik komme und ihnen irgendwas bereitstelle. Die Jugendlichen - zumindest die die er kenne - seien selber aktiv und würden nicht mehr Politik und mehr Bürokratie wollen, weil sie froh seien, wenn sie von der Bürokratie in Ruhe gelassen werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Die bürgerliche Jugend, die er kenne (laut Umfragen sei die Mehrheit der Jungen bürgerlich), wolle keine neue Amtsstelle und ganz sicher keinen Jugendbeauftragten, der noch mehr Papiere brauche, der noch mehr Berichte schreibe und der sich an irgendwelchen Konferenzen für seine Vernehmlassungen feiern lasse, die ungelesen in ein Archiv wandern oder der sich dafür feiern lasse, dass er nur noch von Klassen für besondere Förderung anstatt von Kleinklassen rede. Diese Art der Jugendförderung komme nicht bis zur Basis und sei somit eine Jugendförderung ohne Wirkung. Jede und jeder hier Anwesende habe wahrscheinlich schon einmal ein Plädoyer für den schlanken Staat gehalten, was auch richtig sei, weil man nicht sechs Tage von einem schlanken Staat reden könne um dann am siebten Tag das Prinzip aufzubrechen und Fr. 322'000.00 jährlich für eine neue Amtsstelle auszugeben.

Er lehne das Projekt persönlich ab.

Markus Gfeller: In seinem vorangegangenen Votum habe er vergessen eine Frage zu stellen, was er nun nachhole: Verschiedene Bereiche von Ämtern oder Ressorts sollen in das neue Bildungsamt wegtransferiert werden. In den Unterlagen habe er keine Informationen gefunden, die aufzeigen, wo und in welcher Höhe die weggefallenen Ressourcen frankenmässig eingespart werden. Er bitte auch um Beantwortung dieser Frage.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Frage von Stadtrat Markus Gfeller basiere auf der grundsätzlichen Devise, dass aus $1 + 1 = 2$ resultieren müsse. Mit der Vorlage werde aber nicht einfach ein Amt eingeführt, um alles beim Alten zu belassen. Der Gemeinderat wolle mit den Transfers eine gewisse qualitative Verbesserung erreichen. Demnach könne nicht erwartet werden, dass aus einem Amt eine 40%-Stelle entfernt werde, die dann einfach ins neue Amt transferiert werden könne. Die Frage müsste eher in die Richtung gestellt werden, ob die Amtsleitung durch die Transaktion um beispielsweise 2% entlastet werde, was aber ganz klar nicht realistisch sei. Im Übrigen bleibe die politische Arbeit die selbe, weil sich die politische Zuständigkeit - was die verschiedenen Aktivitäten der Kultur, des Sports etc. betreffe - nicht ändere.

Stadtrat Beat Sterchi habe im Zuge seiner Bemerkung, dass der Gemeinderat Angst davor habe einen der amtierenden Schulleiter zum Chef zu ernennen, um die Belange der Gemeinde wahrnehmen zu können, Art. 30 des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal zitiert. Namens des Gemeinderates und im Wissen, dass Stadtrat Beat Sterchi Jurist sei, verweise er in diesem Zusammenhang auf:

- Art. 5 Abs. 1 des Volksschulgesetzes (VSG) wonach das Volksschulwesen eine gemeinsame Aufgabe der Einwohner- und der gemischten Gemeinden sowie des Kantons sei;
- Art. 34, 35 und 36 des Volksschulgesetzes (VSG) wonach vom Kanton die Trennung zwischen der Aufsicht durch politische Gemeindebehörden und der pädagogischen und betrieblichen Führung der Schulen durch die Schulleitungen vorgeschrieben sei.

Beim Lesen dieser Artikel stelle er als Nicht-Jurist fest, dass - wer einen Schulleiter auch noch zuständig mache, um auch politisch-strategische Aufgaben der Gemeinde wahrzunehmen - die Artikel falsch interpretiere. Im Übrigen halte er als ehemaliger Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen fest, dass im Zusammenhang mit der Arbeit der Finanzkommission und der Schulen in Budgetprozessen, alle Jahre genau diese Koordinationssituation als Mangel beanstandet worden sei. Genau die Zusammenarbeit sei einer der Aspekte zwischen den pädagogisch-betrieblichen Belangen (Zuständigkeit bei den Schulleitungen im Rahmen des VSG; Überwachung erfolgt vom Schulinspektorat) und den Belangen der Stadt, bei denen es darum gehe, die städtischen Schnittstellen definieren zu können. Der Gemeinderat wolle in diesem Rahmen einen Schritt zu einer besseren Lösung machen, um ganz klar ein Defizit auszumerzen, das entsprechend seiner Erfahrung - insbesondere von der Finanzkommission - über Jahre beanstandet worden sei.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Gemeinderat Reto Müller: Bezugnehmend auf das Votum von Stadtrat Markus Gfeller der FDP/jll-Fraktion, die Stelle der/des Jugendbeauftragten in ToKJO integrieren zu müssen, halte er fest, dass diesbezüglich Gespräche mit ToKJO geführt worden seien und, dass ToKJO sowie die Präsidentin des Trägervereins, Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio, die Schaffung dieser Stelle innerhalb der Stadtverwaltung unterstützen, weil die Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten nicht mit Aufgaben der Jugendarbeit vermischt werden dürfen. Die Aufgabe der Jugendarbeiter/innen unterscheidet sich grundlegend von derjenigen einer/eines Jugendbeauftragte/n. Die operativen Aufgaben (aufsuchende, aktive Jugendarbeit, die von ToKJO ausgeführt werde) gelte es streng vom gesamten Fächer von Aufgaben einer/eines Jugendbeauftragten zu trennen.

Er nehme das Votum der FDP/jll-Fraktion dankend auf, und sei dann - wenn denn die geplante Massnahme der Arbeitsgruppe BELLAngenthal (Aufstockung der Jugendarbeit im ToKJO) einmal anlaufen soll - um die Unterstützung der FDP/jll-Fraktion froh.

Die Ansicht von Stadtrat Patrick Freudiger, dass die Jugend nicht schlecht sei, werde auch von ihm geteilt. Er stimme auch zu, dass die Jugend aktiv sei. Damit dies aber so bleibe, brauche es entsprechende Gefässe für die Bildung und Gefässe zur Förderung der Prävention, die bereit gestellt werden müssen.

Zur Frage von Stadtrat Markus Gfeller in Bezug auf das Wegtransferieren von Stellen halte er fest, dass die Aufgaben gemäss den drei Dienstleistungsverträgen, die die Stadt mit Vereinen abgeschlossen habe, effektiv jetzt beim Sozialamtvorsteher, Adrian Vonrüti seien, welcher früher als stellvertretender Leiter des Jugendamtes Bern tätig gewesen sei. Dieser Bereich werde neu ins Bildungsamt übergehen. Wenn der Aufwand für diese Aufgabe prozentual gerechnet werden müsste, käme man unter Berücksichtigung des Stellenportfolios von Adrian Vonrüti auf einen kleinen Prozentsatz, den man bis jetzt für den Abschluss der Verträge habe verwenden können. Bei der Vorlage gehe es somit auch um eine Aufwertung strategischer Arbeiten.

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Was das Votum von Stadtrat Markus Gfeller der FDP/jll-Fraktion betreffe, weise sie vorweg in aller Deutlichkeit darauf hin, dass der Gemeinderat weit davon entfernt sei, der Freiwilligenarbeit die Qualifikation abzusprechen. Wer zur Annahme komme, dass mit dem Geschäft die Verwaltung gegen die Vereine ausgespielt werden wolle, habe die Absicht der Vorlage nicht wirklich erfasst. Im Gegenteil gehe es darum, den Vereinen Respekt entgegen zu bringen, ihre Arbeit zu achten, indem diesen eine Ansprechperson in der Verwaltung zur Seite gestellt werde, womit die Vereine gestärkt und nicht geschwächt werden.

Stadtrat Beat Sterchi verlange, dass die Vereine kontrolliert werden. Diese Forderung lasse sie vermuten, dass zwei Vorlagen ineinander geraten seien. Erst im nächsten Traktandum (Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK); Leistungsverträge) sei von Controlling die Rede. Falls ihr Stadtrat Beat Sterchi allerdings anlässlich der Beratung der Leistungsverträge RKK aufzeigen könne, wo und wie da ein Controlling von Vereinen vorgesehen sei, würde sie ihn gerne zum Bier einladen...

Die Antwort auf die Fragen von Stadtrat Markus Gfeller zum Personalaufwand im Zusammenhang mit der RKK laute, dass die städtische Kulturbeauftragte ihre Aufgabe im Rahmen und auch im Namen des Vorstandes der RKK in der Regionalkonferenz wahrnehme, womit in der RKK entsprechend Aufwand anfalle. Die städtische Kulturbeauftragte habe aber nicht zuletzt in diesem sowie in anderen Projekten (Kulturförderungsgesetz; Kulturstrategie der Kantons Bern) auch Zusatzaufgaben zu übernehmen.

Auf die personelle Besetzung der Amtsleitung gehe sie nicht weiter ein, weise aber darauf hin, dass erfahrungsgemäss bei Stellenaufteilungen in nahezu allen Fällen beide Personen zusammen mehr als 100% arbeiten.



Die Aussage, dass eine Sportkoordination nicht wirklich nötig sei, erachte Sie als den "Gipfel". Es gelte sich an das am 26. Oktober 2009 erheblich erklärte *Postulat (umgewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen* zu erinnern. Auch anlässlich eines Sport-Gipfels der FDP sei die Sportstadt Langenthal propagiert worden. Nun die Ressourcen zur Umsetzung dieser Forderungen nicht zur Verfügung stellen zu wollen, sei der "Sport-Gipfel". Ohne auch noch einen Link zur Bibel herzustellen - was offensichtlich von anderen Parteien fast mehr praktiziert werde, als von der EVP - glaube sie daran, dass sich auch die FDP die Kongruenz ihrer Haltung nochmals überlege...

C Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung gewünscht werden.

D Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal

Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion: Art. 29 widme sich der Schaffung eines Elternrats. **Die EVP/glp-Fraktion stelle den Antrag, direkt daran anschliessend, neu Art. 29a zur Schaffung der Möglichkeit eines Schülerrats aufzunehmen. Diese Neuerung schlage sich auch im Titel nieder (Erweiterung des Titels VIII. Eltern).**

Antrag Gemeinderat	Antrag EVP/glp-Fraktion
<p>VIII. ELTERN</p> <p>Art. 29</p> <p>Absätze 1 - 3 unverändert.</p> <p>⁴ Es können Elternräte für die Schulzentren resp. für die Kindergärten und ein Gesamtelternrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</p>	<p>VIII. ELTERN RESP. SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER</p> <p>Art. 29 (Marginaltext: Eltern)</p> <p>Absätze 1 - 3 unverändert.</p> <p>⁴ Es können Elternräte für die Schulzentren resp. für die Kindergärten und ein Gesamtelternrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</p> <p>Art. 29a (Marginaltext: Schülerinnen und Schüler)</p> <p>Es können Schülerräte in den Schulzentren und ein Gesamtschülerrat geschaffen werden. Der Gemeinderat erlässt auf Antrag der Volksschulkommission eine entsprechende Verordnung.</p>

Mit Art. 29a würde die Möglichkeit geschaffen, zu einem späteren Zeitpunkt einen Elternrat ins Leben zu rufen. Heute sei aber noch nicht klar, ob es in naher oder ferner Zukunft einen Elternrat geben werde oder nicht. Ebenso Sinne mache - wenn nicht noch mehr - ein Schülerrat auf der Oberstufe. Darum sei es konsequent diese Möglichkeit ebenfalls zum jetzigen Zeitpunkt ins Reglement aufzunehmen. Damit werde vom Parlament nicht gesagt, einen Schülerrat zu wollen oder nicht. Damit würde lediglich analog zum Elternrat eine reglementarische Grundlage - wie dies beispielsweise auch von Burgdorf gemacht worden sei - geschaffen. Genauso wie beim Elternrat wäre damit noch alles offen und somit würde damit weder etwas aufgeleistet noch etwas vergeben.

Mit einem Augenzwinkern zu Stadtrat Patrick Freudiger halte sie fest, dass sich die Jugend, die sie kenne, gerne in einem Schülerrat engagieren würden. In diesem Sinne bitte sie im Namen der EVP/glp-Fraktion um Unterstützung des Antrages.

Stadtratspräsident Christoph Kuert ordnet an, über den Antrag der EVP/glp-Fraktion im Beratungsteil "J Abstimmung über Anträge" abzustimmen.



E Reglement über die Kindertagesbetreuung in der Stadt Langenthal

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement über die Kindertagesbetreuung gewünscht werden.

F Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Kultur- und Bibliotheksreglement gewünscht werden.

G Reglement für die Theaterkommission

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Reglement für die Theaterkommission gewünscht werden.

H Stellungnahme des Gemeinderates zu den Anträgen

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass der Gemeinderat auf eine Stellungnahme zum Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion (Aufnahme von Art. 29a neu im Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal) verzichtet.

I Wortmeldungen Fraktions- und Einzelsprechende

Stadtratspräsident Christoph Kuert stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Stadtratspräsident Christoph Kuert ordnet ein **Time-Out von 5 Minuten** an, um in den Fraktionen den Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion zu beraten.

J Abstimmung über Anträge

Stadtratspräsident Christoph Kuert bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion (Aufnahme von Art. 29a ins Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal):

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag (Aufnahme von Art. 29a ins Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal) von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf der EVP/glp-Fraktion mit 22 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**



III Abstimmung:

Abstimmung über Teil I des Beschlussesentwurfs (Schaffung Bildungsamt):

- Der Stadtrat beschliesst mit **34 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)** unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

I) Amt für Bildung, Kultur und Sport

- a) Der Stadtrat stimmt der Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport gemäss dem vorliegenden Konzept (Bericht Präsidialamt/Fachbereich Recht vom 8. Juli 2010) und den dafür notwendigen Änderungen im Reglement vom 20. November 2000 über die Organisation der Stadtverwaltung, im Reglement vom 22. November 2004 über das Schulwesen der Stadt Langenthal, im Reglement vom 13. Dezember 1999 über die Kindertagesbetreuung, im Kultur- und Bibliotheksreglement der Stadt Langenthal vom 18. August 2008 sowie im Reglement vom 11. März 2002 für die Theaterkommission (Änderungserlasse gemäss Beilagen 5b, 6b, 7b, 8 und 9) zu.
- b) Der Stadtrat bewilligt folgende neuen unbefristeten Stellen:

600.01	Amtsvorsteher/in	100.00 %
600.02	Administration Amt	60.00 %

- c) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:
- | | | |
|---|------------|-------------------|
| ■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden | Fr. | 170'150.00 |
| ■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge | Fr. | 16'400.00 |
| ■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge | Fr. | 18'450.00 |
| Total wiederkehrend | Fr. | 205'000.00 |
- d) Für die in Ziffer c) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer c) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- e) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobiliar, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- f) Die Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 betreffend die Schaffung eines Amtes für Bildung innerhalb der Stadtverwaltung wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben.
- g) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Abstimmung über Teil II des Beschlussesentwurfs (Bewilligung Stelle Jugendbeauftragte/r)

- Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

II) Jugendbeauftragte/r

- a) Der Stadtrat bewilligt folgende neue unbefristete Stelle:

660.01	Jugendbeauftragte/r	50.00 %
--------	---------------------	---------

- b) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden	Fr.	53'950.00
■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge	Fr.	5'200.00
■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge	Fr.	5'850.00
Total wiederkehrend	Fr.	65'000.00

- c) Für die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- c) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobiliar, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- d) Das Postulat Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende betreffend die Schaffung und organisatorische Eingliederung der Stelle einer bzw. eines Jugendbeauftragten wird als erledigt von der Geschäftskontrolle des Stadtrats abgeschrieben.
- e) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Abstimmung über Teil III des Beschlussesentwurfs (Bewilligung Stelle Sportkoordinator/in)

- Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

III) Koordinator/in Sport

- a) Der Stadtrat bewilligt folgende neue unbefristete Stelle:

660.02	Koordinator/in Sport	40.00 %
--------	----------------------	---------

- b) Die für die neu geschaffenen personellen Ressourcen anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten werden zu Lasten der laufenden Rechnung wie folgt bewilligt:

■ zu Lasten Konto 601.301.10 Löhne der Mitarbeitenden	Fr.	43'160.00
■ zu Lasten Konto 601.303.10 AHV-Beiträge	Fr.	4'160.00
■ zu Lasten Konto 601.340.10 PK-Beiträge	Fr.	4'680.00
Total wiederkehrend	Fr.	52'000.00

- c) Für die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite werden zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 entsprechende Nachkredite bewilligt. Ab dem Jahr 2012 sind die in Ziffer b) zu beschliessenden Kredite im Voranschlag einzustellen.
- d) Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011, Konto 601.311.10 Mobiliar, wird ein Nachkredit von CHF 10'000.00 bewilligt.
- e) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 20. September 2010

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-